



# Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



## Infobrief aus Straßburg 10. - 14. September 2012

### Stärkung der Erzeugung lokaler und regionaler Produkte

Das Europäische Parlament setzt sich mit der Überarbeitung des Siegels "geschützte geografische Angabe" (g.g.A) für eine bessere Rückverfolgbarkeit und Herkunftskontrolle von Lebensmitteln ein. An der Neuausgestaltung dieser Regelung begrüße ich insbesondere die Stärkung lokaler Wertschöpfungsketten. Vor allem für Erzeuger regionaler Produkte ist die Überarbeitung der Qualitäts- und Ursprungsbezeichnung, wie der Präzisierung des Schutzgrades und der Verkürzung des Verfahrens zur Eintragung eines Namens, erfreulich. Weiter erhalten die Produzenten neue Vermarktungschancen, wobei ich mich hier vor allem über die Förderung insbesondere von regionalen Kleinunternehmen freue. Der Konsument erhält mit dem verbesserten Siegel eine Orientierungshilfe mehr, sich im Laden bewusst für qualitativ hochwertige Produkte zu entscheiden, die klar der Region zugeordnet werden können, in der sie produziert worden sind. Ich bin überzeugt, dass das Siegel einen Beitrag leistet, mehr Klarheit in die Supermarktregale zu bringen. [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zum Thema.



### Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

### Anschrift

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz – ASP 10E 209  
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

[elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu](mailto:elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu)

### Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle  
Bahnhofstr. 8  
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

[kontakt@euroeggle.de](mailto:kontakt@euroeggle.de)

### Energieeffizienzrichtlinie - nicht zulasten der Kommunen!

Am Dienstag verabschiedete das Europaparlament die Energieeffizienzrichtlinie mit großer Mehrheit. Für die Erreichung der Klimaziele, mit 20% weniger Energieverbrauch, 20% mehr erneuerbarer Energien, 20% weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2020, ist die Steigerung der Energieeffizienz der eindeutig kostengünstigste Teil der Energiewende. Denn anders als für den Ausbau erneuerbarer Energien, wie Wind-, Wasserkraft oder Photovoltaik, müssen hierfür keine Netze oder Speicherkraftwerke ausgebaut werden. In jedem EU-Mitgliedstaat soll von nun an jedes Jahr 1,5% weniger Energie an die Verbraucher verkauft werden, was am Ende eines jeden Jahres von den Energieversorgern nachgewiesen werden muss. Gemeinsam mit der EVP-Fraktion habe ich mich hierbei für einen flexiblen Ansatz eingesetzt, der Spielräume für die Industrie sowie Entlastungen für Länder und Kommunen vorsieht. Speziell haben wir den Kommunen die jährliche dreiprozentige Renovierungsquote erspart. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf sah vor, dass 3% aller öffentlichen Einrichtungen in den Mitgliedstaaten pro Jahr energieeffizient renoviert werden müssen, was die ohnehin klammen Kommunen hart getroffen hätte. Zudem haben wir es geschafft, dass Deutschland, welches bei Energieeffizienz europaweit führend ist, seit 2009 unternommene Maßnahmen anrechnen lassen kann. Lesen Sie [hier](#) mehr Informationen zum Thema.



## Bundesverfassungsgericht hat zukunftsorientiert entschieden

Ausdrücklich begrüße ich das gestrige Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die gegen den Euro-Rettungsschirm gerichteten Eilanträge abgelehnt wurden. Nun stehen ESM und Fiskalpakt nichts mehr im Wege. Nachdem insbesondere der Fiskalpakt harte Sparmaßnahmen und diesbezügliche Kontrollen fordert, sind wir nun auf einem - ohne Zweifel - langen, aber vernünftigen und zukunftsfähigen Weg. In diesem Zusammenhang ist es auch mir wichtig, dass Deutschland nicht unbegrenzt zur Kasse gebeten wird, sondern Deutschlands Haftungsbeschränkung auf 190 Milliarden Euro begrenzt ist. Für weitergehende Kredithilfen muss der Bundestag zustimmen. Lesen Sie [hier](#) mehr zum Thema.

## Angleichung und Kontrolle aller systemrelevanten Banken, ja! Gemeinsame Einlagensicherung, nein!

Eine europäische Bankenunion, mit gleichen Standards für alle nationalen Systeme in der EU, halte ich für absolut notwendig. Für eine solide Wirtschafts- und Währungsunion brauchen wir gleiche Spielregeln bei der Abwicklung von Finanzinstituten sowie bei der Aufsicht europäischer Banken. Jedoch bin ich gemeinsam mit der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament dafür, nur systemrelevante Großbanken unter Aufsicht zu stellen. Eine direkte Kontrolle von tausenden kleinen und mittleren Lokal- und Regionalbanken (z.B. Sparkassen, Volks- oder Raiffeisenbanken) durch die EZB bewirkt eine völlig ineffiziente Überbürokratisierung sowie Streit mit nationalen Aufsichtsbehörden. Weiter bin ich für die Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems, nicht aber für einen gemeinsamen europäischen Einlagensicherungstopf. Dieser würde die Mitgliedstaaten zur gegenseitigen Kreditvergabe verpflichten, wodurch im Umkehrschluss deutsche Ersparnisse für den Ausfall von Einlagen, etwa bei der Pleite einer Bank in einem anderen Mitgliedstaat, haften würden. Bei der heutigen Abstimmung zu einer Europäischen Bankenunion habe ich gemeinsam mit meinen CDU/CSU-Kollegen deshalb gegen genau diese Passage gestimmt. Weitere Informationen zum Thema finden Sie [hier](#).



## Rede des Kommissionspräsidenten zur Lage der EU

In seiner Rede zur Lage der Union am Mittwoch verkündete der Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, die Eckpunkte seines angesichts der momentanen Krise notwendigen Aktionsplans. Im Fokus standen vor allem der Ausbau und die Festigung der Wirtschafts- und Währungsunion. Als Beispiele hob er die Abschließung der Regelsätze und Rahmenbedingungen für Finanzdienstleistungen sowie die Bankenunion hervor. So wird die Legislative in Zukunft die Risiken rund um Bankgeschäfte präventiv angehen und den Euro vor Systemrisiken wie Schattenbanken stärker schützen. Zu den weiteren Bemühungen der Kommission zählen die Vertiefung der europäischen Integration, vor allem zur Unterstützung wirtschaftlicher Reformen in den Mitgliedstaaten sowie die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Neben den finanzpolitisch relevanten Themen nannte Barroso außerdem die unbedingte Notwendigkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen, verstärkte Investitionen im sozialen Bereich sowie die Bemühungen um eine nachhaltigere und effizientere Ressourcennutzung. [Hier](#) können Sie sich näher informieren.



Herzliche Grüße,  
**Ihre Elisabeth Jeggler MdEP**